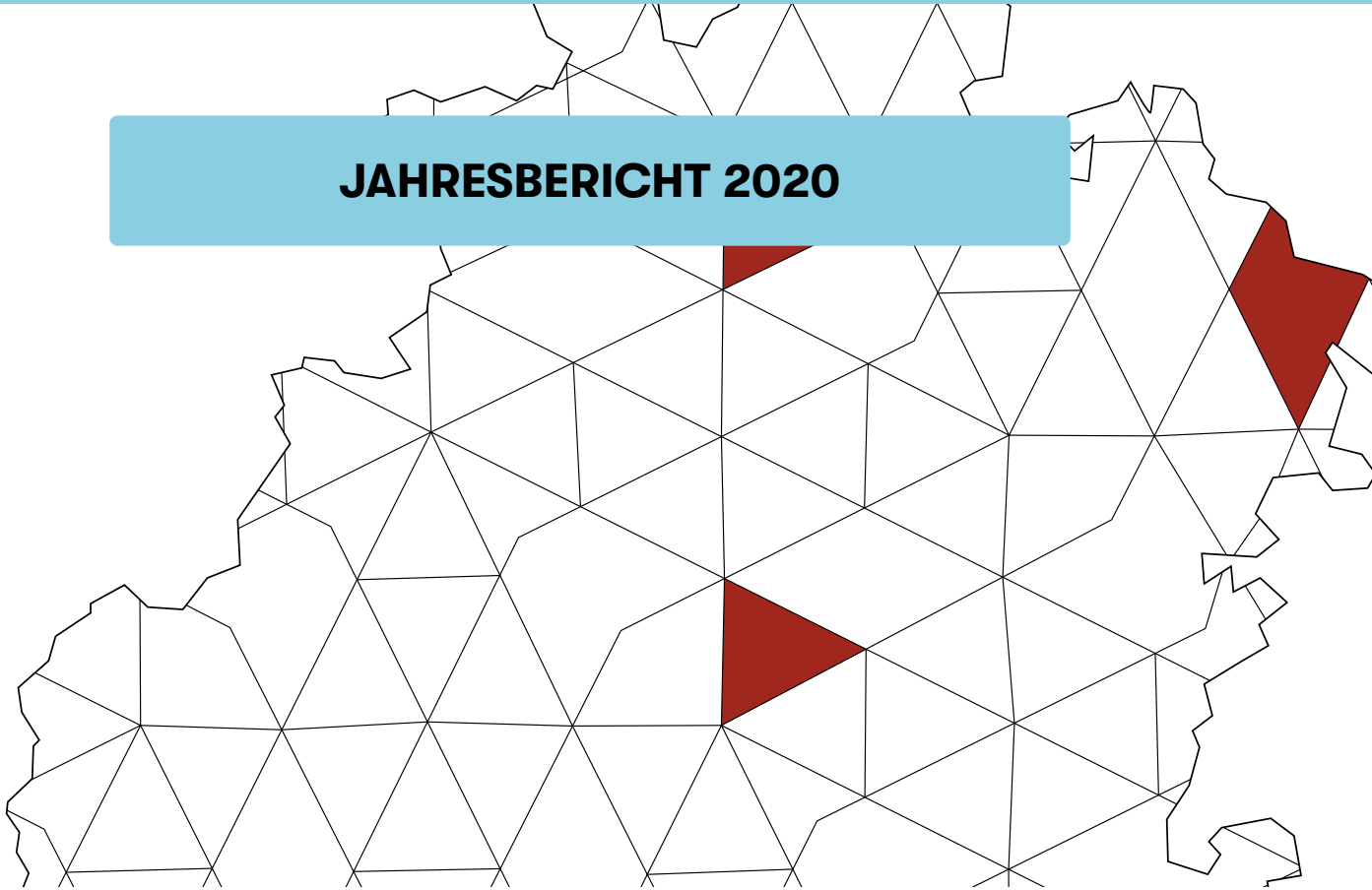


JAHRESBERICHT 2020



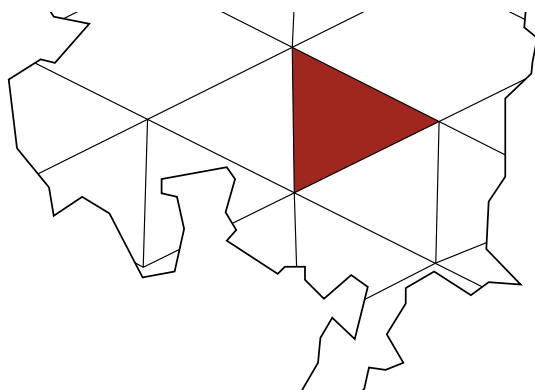
Jeden Tag erleben Menschen rechte oder rassistische Gewalt – auch in Hessen.

Mit der Online-Meldestelle [Hessenschauthin.de](https://www.hessenschauthin.de) dokumentiert die Beratungsstelle response-Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Vorfälle in ihrem Bundesland. Das Ziel ist zu zeigen, dass rechte Gewalt und Rassismus alltäglich sind. Wir wollen für rechte oder rassistische Übergriffe sensibilisieren, sie sichtbar machen, gesellschaftliche Diskussionen anregen und um die Stimmen und Perspektiven der Betroffenen erweitern sowie mögliche Ursachen und Wirkungen aufzeigen.

Zu den dokumentierten Fällen gehören körperliche Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen, psychische Gewalt, Mobbing und verletzendes Verhalten. Jeder Fall kann

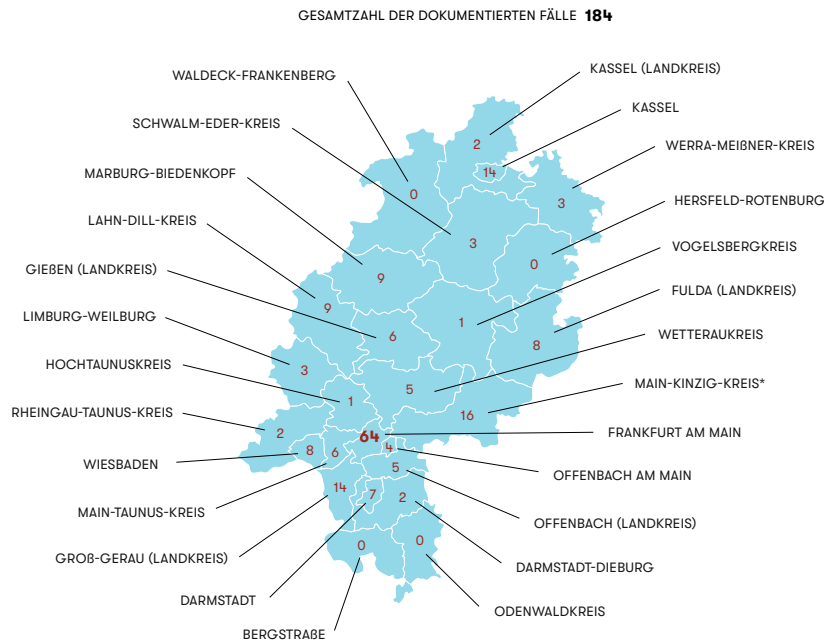
gemeldet werden, denn jeder Fall ist wichtig. Die dargestellten Fälle aus dem Jahr 2020 setzen sich zusammen aus den Einträgen der Meldestelle [Hessenschauthin.de](https://www.hessenschauthin.de), aus Beratungen der Beratungsstelle response sowie aus dem Monitoring der öffentlichen Berichterstattung. Aber: Damit kann immer nur ein Ausschnitt des realen Ausmaßes sichtbar gemacht werden. Sehr viele Fälle bleiben ungesehen.

Kriterien bei der Falldokumentation sind die Einstellungen der Täter:innen (verbale Äußerungen, getragene Symbole, ...), die Umstände der Taten (Ort, Zeit, Kontext, z.B. bestimmte Veranstaltungen, Tathergang, Brutalität, Demütigung, ...) sowie die Perspektive der Betroffenen (eigene Bewertung des Angriffs anhand von Vorerfahrungen und Wissen über Rassismus, Rechtsextremismus etc.).



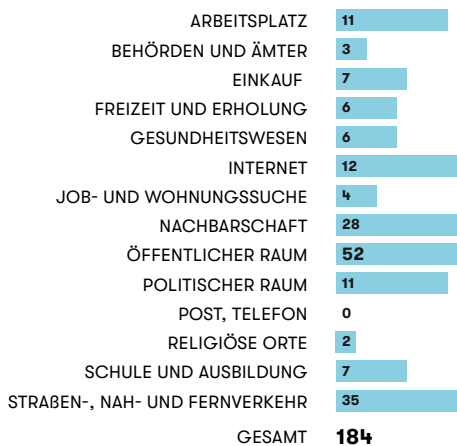
Im Jahr 2020 hat die Beratungsstelle response **184 rechte und rassistische Vorfälle** (Meldende wurden kontaktiert) und weitere **118 anonym gemeldete Vorfälle**, d.h. Fälle, in denen kein Kontakt zu den Meldenden bestand, dokumentiert. Hinzu kommt der rechtsterroristische Anschlag in Hanau vom 19. Februar 2020, bei dem **neun Menschen aus rassistischen Motiven getötet** wurden. Der Täter tötete darüber hinaus seine Mutter und sich selbst.

LANDKREISE UND KREISFREIE STÄDTE



DIE ZAHL DER VON RESPONSE DOKUMENTIERTEN FÄLLE MACHT IMMER NUR EINEN KLEINEN AUSSCHNITT DES REALEN AUSMAßES SICHTBAR. ES IST VON EINER HOHEN ZAHL UNGESEHENER FÄLLE AUSZUGEHEN.
*DER ANSCHLAG VON HANAU MIT NEUN RASSISTISCH MOTIVIERT GETÖTETEN MENSCHEN WIRD GESONDERT IM ABSCHNITT SCHWERPUNKTTHEMEN BEHANDELT.

ORT DES VORFALLS



Alltagsrassismus überall in Hessen

In **52 Fällen** kam es zu Vorfällen im öffentlichen Raum, z.B. auf offener Straße, in Parks oder in Restaurants. Betroffene aus dieser Fallgruppe äußern besonders häufig Angst davor, dass sich ihre Erfahrung wiederholen könnte. Sie erleben nach Vorfällen rechter und rassistischer Gewalt eine Verunsicherung im öffentlichen Raum.

Heraus sticht zudem mit **35 Fällen** eine hohe Zahl von Übergriffen im Straßen-,

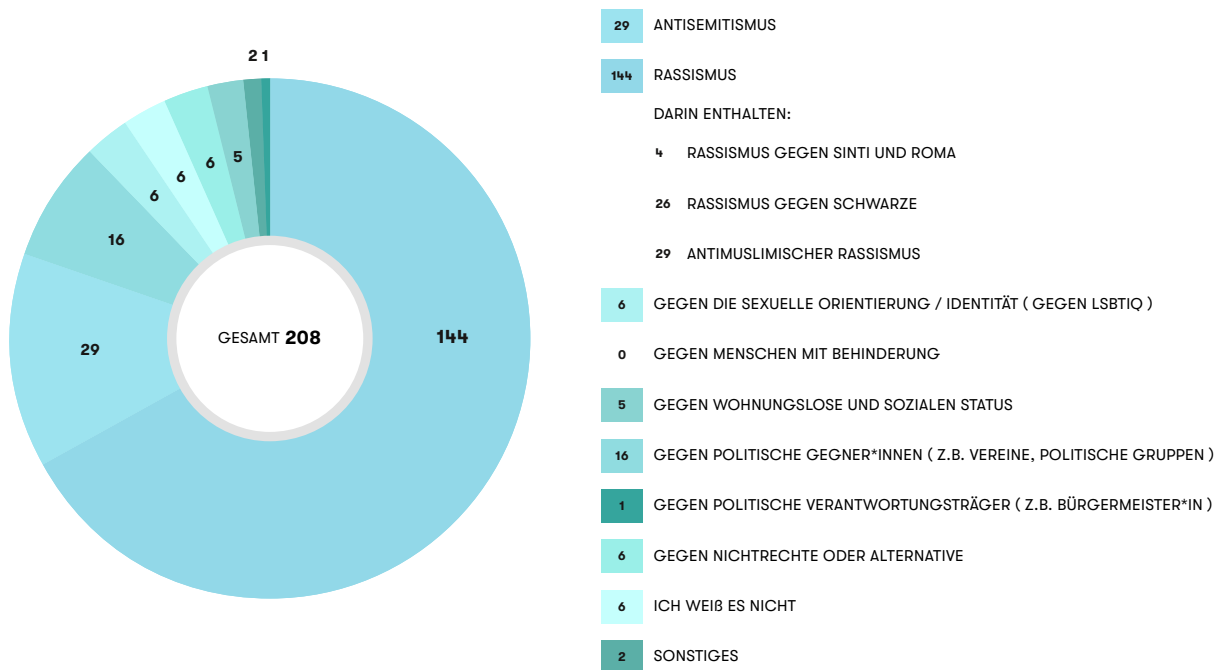
Nah- und Fernverkehr. Viele sind für ihren Arbeitsweg auf die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs angewiesen und können sich diesen Orten somit nicht entziehen. Darüber hinaus wird durch die dokumentierten Fälle sichtbar: Rechte und rassistische Vorfälle können überall passieren. Zum Beispiel an einem Kiosk, bei der Autovermietung, im Wald, am Arbeitsplatz, auf dem Fahrrad und auch im Internet. Der alltägliche Rassismus ist auch präsent im Gesundheitswesen, in Behörden, auf dem Wohnungsmarkt und am Arbeitsplatz.

Ausdruck von Rassismus

Rassismus im Alltag ereignet sich nicht nur an verschiedensten Orten, er drückt sich auch auf unterschiedliche Weise aus: von der beiläufigen Bemerkung, die rassistische Denkmuster offenlegt, über Sachbeschädigung bis hin zum verbalen und körperlichen Angriff.

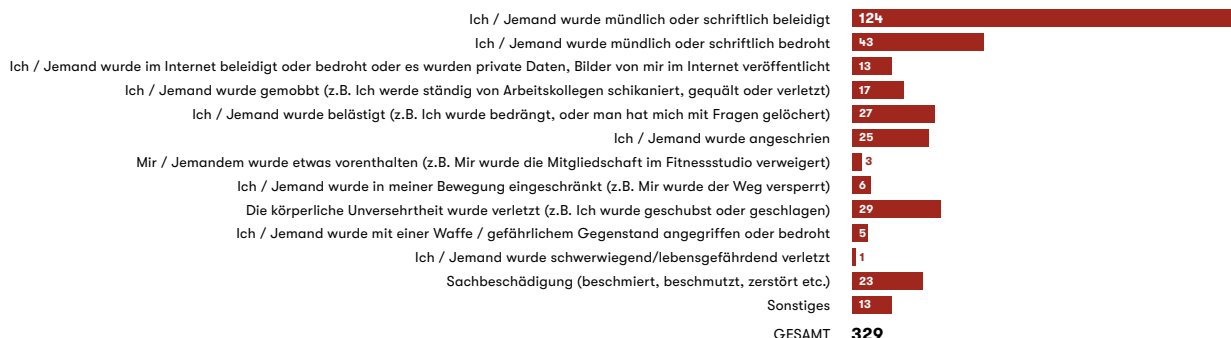
In **128 der dokumentierten Fälle** wurde rassistische oder anderweitig menschenfeindliche Sprache benutzt. Oftmals wird durch bestimmte Ausdrucksweisen der rassistische Gehalt einer Handlung sichtbar. Durch die rechtspopulistischen Diskussionen der letzten Jahre hat sich rechte und rassistische Sprache im Alltag normalisiert, was den Nährboden für rassistische und rechtsextreme Taten bildet. Response beobachtet, dass die Täter:innen sich zur Legitimation ihrer Übergriffe immer wieder auf extrem rechte Ideologie bezogen haben, beispielsweise Hass gegen Geflüchtete, fanatischer Nationalismus, Rassismus gegen Schwarze oder Abwertung von Armut.

TATMOTIVATION



DIE GESAMTZAHL VON 208 KOMMT ZUSTANDE, DA IN VIELEN DOKUMENTIERTEN FÄLLEN MEHRERE TATMOTIVATIONEN ZUGLEICH EINE ROLLE SPIELTEN.

WAS IST PASSIERT?



DIE GESAMTZAHL VON 329 KOMMT ZUSTANDE, DA IN FAST ALLEN DER 18+ DOKUMENTIERTEN FÄLLE MEHRERE DER GENANNTEN HANDLUNGEN GESCHAHEN.

Gemeinsamkeiten aller Fälle

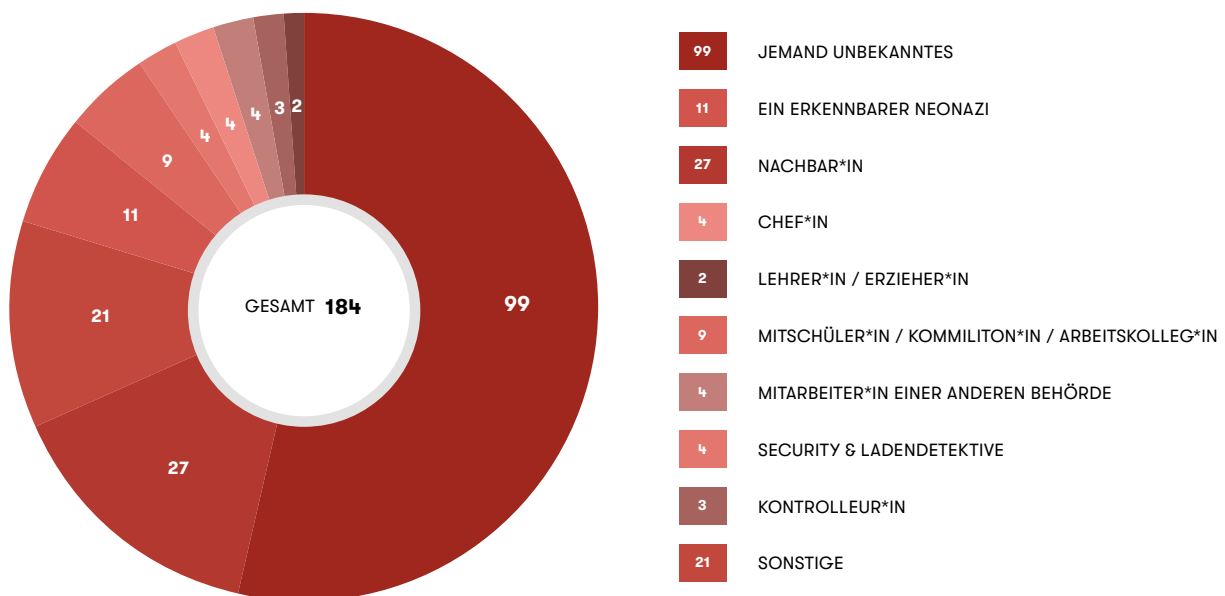
Sichtbar wird in allen gemeldeten Fällen das sogenannte „Othering“, also die Zuschreibung und Einordnung von Menschen nach bestimmten Merkmalen. Dabei geht es immer darum, die Betroffenen im Vergleich zu einer imaginierten Eigengruppe als „anders“, also nicht-zugehörig, zu kategorisieren: „Wir gegen die“. Dies erfolgt meist anhand negativ konnotierter Merkmale, was eine Abwertung der als „anders“ markierten Gruppe bedeutet. Menschen werden angegriffen, weil Täter:innen sie als „Ausländer“ oder „Muslim“ usw. wahrnehmen (wollen).

Die Tatsache, dass **rechte und rassistische Übergriffe** an den verschiedensten Orten, in allen möglichen Kontexten und Milieus sowie durch die unterschiedlichsten Täter:innen begangen werden, macht deutlich, dass sie als **gesamtgemeinschaftliches Problem** und nicht als das Problem Einzelner verstanden werden müssen. Werden weit verbreitete rassistische Denkmuster nicht kritisch hinterfragt, so kann Rassismus seine Wirkmacht im Alltag entfalten. Es kommt zu (auch ungewollten) rassistischen Äußerungen gegenüber Betroffenen, zu Diskriminierung in der Schule oder durch Behörden, zu Anfeindungen und letztlich zu Angriffen.

Scheinbar grundlose Angriffe

In knapp der Hälfte aller dokumentierten Fälle hatte es vorher keine vorherige persönliche Beziehung zwischen Täter:innen und Betroffenen gegeben. Dies macht deutlich, dass die Auswahl der Betroffenen oftmals zufällig erfolgt, sie aber von Täter:innen anhand bestimmter (zugeschriebener) Merkmale bestimmten Gruppen zugeordnet werden (z.B. anhand von Hautfarbe, Kleidung, Kultur, Religion, Fluchtgeschichte, politische Überzeugung ...). Aus diesem Grund sind rechte und rassistische Übergriffe nicht, wie fälschlicherweise oft angenommen, als Konflikt zwischen zwei Parteien zu verstehen, sondern als einseitig gerichtete Angriffe gegen Betroffene. Auch beschrieben Betroffene in **35 Fällen** das Fehlen sonstiger Gründe als Hinweis auf eine rechte oder rassistische Tatmotivation.

WER WAR DAS?



Schwerwiegende Folgen

Rassismus im Alltag kann schwerwiegende Folgen haben. **20 Prozent aller Vorfälle** wurden als besonders demütigend und/oder brutal erlebt.

Auch subtiler Rassismus kann auf Dauer traumatisierend wirken. Bei vielen Betroffenen, die sich aufgrund eines bestimmten Vorfalls an response wenden, stellt sich heraus, dass es sich dabei keineswegs um eine einmalige Erfahrung handelt. Oft ist dies nur einer von vielen rassistischen und diskriminierenden Erfahrungen/Erlebnissen. Betroffene schildern vielfältige Folgen - von Ängsten, Unsicherheit, seelischen Verletzungen oder finanzielle Schäden über Wut bis hin zu dem Entschluss, das Erlebte nicht hinzunehmen und für die eigenen Rechte zu kämpfen.

Rassismus und Corona

In Bezug auf die Covid-19-Pandemie wurden Vorfälle zu anti-asiatischem Rassismus gemeldet oder Beratung angefragt. Betroffene wurden mit dem Coronavirus in Verbindung gebracht, ihnen wurde etwa die Schuld an der Pandemie gegeben, und sie wurden unter Verweis auf das Virus rassistisch beleidigt und angefeindet. In anderen Fällen wichen Personen den Betroffenen aus und signalisierten, angewidert zu sein.

NSU 2.0

Die bereits im Sommer 2018 begonnene Serie von Drohschreiben wurde auch im Jahr 2020 fortgesetzt. Eine Frankfurter Anwältin und andere gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagierte Frauen erhielten Faxe, SMS oder E-Mails, in denen mitunter Morddrohungen enthalten waren und welche mit „NSU 2.0“ unterzeichnet wurden. Ermittlungen ergaben: In drei Fällen wurden die persönlichen Daten zuvor von hessischen Polizeicomputern abgerufen. Die Verfasser konnten bislang nicht ermittelt werden.

SCHWERPUNKTTHEMEN

Subtil, aber belastend: rassistische Angriffe in der Nachbarschaft

Im Vergleich zu der Erfahrung aus den Vorjahren lässt sich folgender Trend erkennen: In 28 Fällen erlebten Betroffene rassistische Anfeindungen und Übergriffe in ihrer direkten Nachbarschaft. Menschen wurden rassistisch, antisemitisch, homofeindlich oder auch sexistisch beleidigt, gemobbt, angeschrien, geschubst. Es wurden Drohungen an Wohnungstüren geschmiert oder im Hausflur hinterlassen, Drohbriefe eingeworfen, Eier geschmissen, Betroffene wurden gestalkt oder mit aufgehetzten Hunden bedroht.

Eingriff in den persönlichen Nahraum

Auch in diesem Bereich bleibt es oft nicht bei einem Vorfall. Die Betroffenen befürchten Wiederholungen und liegen damit oft richtig. Nicht zu wissen, wann und wie sie beim nächsten Mal angegangen werden, kann eine enorme Anspannung erzeugen. Eine besondere Schwierigkeit bei Vorfällen in der Nachbarschaft ist, dass man sich kaum aus dem Weg gehen kann: Viele Betroffene verlassen nach einem Übergriff nur noch unter Angst ihre Wohnung und versuchen, eine erneute Begegnung mit den rassistisch agierenden Nachbar:innen zu vermeiden. Besonders Familien mit Kindern haben response von Sorgen um ihre Sicherheit berichtet. Im Umfeld der eigenen Wohnung, die eigentlich ein sicherer Ort und ein Ort der Erholung sein sollte, bedeuten Rassismus und rechte Übergriffe eine besondere Form von Stress und Belastung.

Auch für die response-Beratung stellen diese Situationen besondere Herausforderungen dar. Der Hass wird in diesem Bereich oft sehr subtil transportiert, die konkreten Handlungen verbleiben so oft unterhalb der strafrechtlichen Schwelle, weshalb die Sicherheitsbehörden oft gar nicht eingeschaltet werden können. Für Vermieter:innen, die nicht über Sensibilität für Rassismus verfügen, stellt sich die Situation oft als ein normaler „Streit unter Mietparteien“ dar, denn Täter:innen denunzieren die Betroffenen oft – sie werfen ihnen etwa Ruhestörung, Gestank durch Kochen oder Ähnliches vor und stellen sogar Strafanzeigen. Schlimmstenfalls bleibt den Betroffenen nichts anderes übrig, als umzuziehen – mit allen sozialen, beruflichen und wirtschaftlichen Folgen.

Der rechtsextreme Terroranschlag in Hanau

Bei dem rechtsterroristischen und rassistischen Anschlag vom 19. Februar 2020 wurden neun Menschen aus rassistischen Motiven getötet. Die ermordeten Menschen hießen:

Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar, Kaloyan Velkov.



Bildnachweis: Initiative 19. Februar Hanau

#SayTheirNames

Nach den Morden in der Innenstadt und im Stadtteil Kesselstadt tötete der Täter anschließend seine Mutter, Gabriele Rathjen, und sich selbst. In dem Pamphlet, das der Täter veröffentlicht hatte, wurden auf drastische Weise seine rassistische Weltanschauung und der Bezug zu den alltäglichen rassistischen und öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre sichtbar. Ähnliche rassistische Denkmuster stehen auch hinter vielen der in diesem Bericht dokumentierten Fälle.

Mehrere Menschen überlebten den Anschlag nur durch Glück, einige weitere wurden schwer verletzt. Viele Zeug*innen mussten die Morde mit ansehen, standen dem Täter gegenüber oder waren als Erste an den Tatorten und leisteten erste Hilfe.

Der Anschlag erschütterte Hanau. Neun Familien haben den Verlust von Angehörigen zu verkraften. Das sind Eltern, Geschwister, Kinder, Onkel, Tanten, Cousins, Cousins und Großeltern. Viele Menschen in Hanau haben ihre besten Freund:innen verloren.

In der Folge leiden viele Betroffene an schweren Traumata, sind berufsunfähig geworden. Viele leiden an Folgesymptomen wie Angst, Wut, Anspannung, Schlaflosigkeit und Flashbacks. Viele mussten umziehen, da sie nahe der Tatorte gelebt hatten und diese Nähe nicht ertragen können. Trotz bereits zur Verfügung gestellter staatlicher Hilfen (sog. Härteleistungen) finden sich viele Betroffene dennoch in existenzieller, finanzieller Not. Praktische Hilfen, wie zum Beispiel Erholungsurlaube, Verletztenrenten, die Feststellung von Pflegestufen oder Hilfen zum Lebensunterhalt, sind oft mit hohen bürokratischen Hürden und langjährigen Prüfungen verbunden bzw. später nur durch aufwendige Klageverfahren zu erhalten. Ladenbesitzer:innen an den Anschlagorten und umliegender Geschäfte beklagen den Verlust ihrer gesamten Investitionen und Existenzgrundlagen.

Die gesundheitliche Versorgung ist ein Jahr nach dem Anschlag noch immer eine große Herausforderung. Verfügbare Therapieplätze vor Ort reichen nicht aus, lange Fahrtwege können unüberwindbare Hürden darstellen. Nach schweren traumatischen Erlebnissen können Symptome auch Jahre nach der Tat erstmals in Erscheinung treten. Insgesamt hat response seit Februar 2020 bis zum Jahresende **63 Beratungen** im Kontext des Anschlages in Hanau begonnen. Insgesamt ist von **mehr als 80 durch den Anschlag besonders schwerwiegend betroffenen Personen** auszugehen.

Nach dem Anschlag haben viele Betroffene begonnen sich zu vernetzen und mit der neugegründeten „Initiative 19 Februar“ ein Ladengeschäft in der Nähe des ersten Tatortes in der Innenstadt bezogen. Dies bietet einen Raum für ihre Wut, ihre Trauer, ihre Suche nach Erklärungen und Verantwortlichen. Mit ihren vielfältigen Stimmen sind sie sehr laut. Sie teilen mit, was sie brauchen. Doch das allein reicht nicht. Sie müssen auch angehört, wahrgenommen und ernstgenommen werden: Sie fordern Solidarität, sie fordern eine Auseinandersetzung mit Rassismus, sie fordern eine lückenlose Aufklärung des Anschlages, sie fordern ein angemessenes Gedenken und existenzsichernde Hilfen.

IMPRESSUM

Bildungsstätte Anne Frank - Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen
Response – Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
T +49 (0)69 56000-20

www.bs-anne-frank.de
www.response-hessen.de
www.hessenschauthin.de

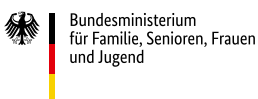
Twitter @BS_AnneFrank | @ResponseHessen
Youtube Youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank
Facebook facebook.de/bildungsstaette.anne.frank
Instagram bsannefrank
© response, 3/2021

response.

Beratung für Betroffene von
rechter, rassistischer
und antisemitischer Gewalt

bildungsstätte
anne frank

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

